

Land Grabbing



Auch in Deutschland werden Ackerflächen von Investoren gepachtet oder zur Geldanlage gekauft, damit sie entweder eine entsprechende Rendite abwerfen oder damit die Ernteerträge zur Versorgung der Bevölkerung von Weltgegenden beitragen, in denen es entweder eine große Bevölkerung oder nur wenig Möglichkeiten für eine eigene Landwirtschaft gibt.

Mit dem Ausdruck „land grabbing“ wird das Aufkaufen und Zusammenpachten, also ein lokal spezifischer Weg zum Aneignen von Ackerflächen auf meist fremdem Staatsgebiet verstanden. Diese Entwicklung hat inzwischen global erhebliche Ausmaße angenommen: seit 2001 betrifft dies insgesamt eine Fläche von etwa 200 Mio. ha. Umgerechnet entspricht das etwa 53 % der Fläche Deutschlands. In der Regel wird diese Vorgehensweise in Entwicklungsländern mit fruchtbaren Ackerflächen angewandt. Beispiele dafür sind Madagaskar oder Kenia. Zunehmend werden jedoch über spezialisierte Fonds gute landwirtschaftliche Böden auch in Europa und sogar in Deutschland langfristig gepachtet. Wenn möglich werden solche Flächen von den entsprechenden Fonds sogar aufge-

kauft. Dies geschieht vor allem in Osteuropa, und in Deutschland vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg. Dort wurden auch schon große Ackerflächen an entsprechende Fonds verpachtet.

So berichtete die Frankfurter Rundschau am 28. Mai 2017 im Artikel „Das Geld liegt auf dem Acker“ darüber, dass seit dem Jahr 2010 etwa 30000 landwirtschaftliche Familienunternehmen aufgeben mussten. Da die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland mit etwa 16,7 Mio. Hektar konstant bleibt, wächst die durchschnittliche Fläche der verbleibenden Betriebe. Der Acker wird zum Anlageobjekt. Inzwischen verfügen drei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 50 % der Agrarflächen (M. HÄUSLING, Europaabgeordneter für „Bündnis 90/die Grünen“).

Für diese Entwicklung Es werden vor allem drei Ursachen benannt:

- Es handelt sich um gute Anlagemöglichkeiten.
- Über die Flächensubventionen der EU von 300 € je Hektar und Jahr entsteht „eine Art garantiertes leistungsloses Grundeinkommen“.
- Darüber hinaus werden vergleichsweise gute Renditen erwartet, da mit wachsender Weltbevölkerung auch die Nachfrage nach Nahrungsmitteln wachsen dürfte.

Das Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei legte 2017 einen Bericht über die Eigentumsentwicklung von 853 Agrarunternehmen im Zeitraum von 2007 bis 2017 in Ostdeutschland vor. Danach wechselten im Untersuchungszeitraum 155 Betriebe den Eigentümer: Am Ende befanden sich fast $\frac{3}{4}$ der Betriebe (72%) in den untersuchten zehn ostdeutschen Landkreisen in der Hand überregional aktiver und teilweise nichtlandwirtschaftlicher Investoren. Inzwischen werden auch 34 % der Betriebe von überregional aktiven Landwirten, Holdings und Agrarindustriunternehmen gehalten. U. JASPER, der Pressesprecher der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.“ erkennt: „Die Verantwortung für den dauerhaften Erhalt gesunder Agrarflächen ist bei Fremdinvestoren weniger ausgeprägt als in einem Familienbetrieb, welcher seit Generationen den Hof bewirtschaftet.“ Dabei würden die Direktzahlungen aus Brüssel „eine unrühmliche Rolle spielen, weil besonders große Betriebe von hohen Zahlungen profitieren“.

Der Bundestagsabgeordnete O. KRISCHER (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest: „Es ist eine Ironie: Agrarsubventionen, die den Bauern helfen sollen, zerstören auf Dauer die Existenz der kleinen Höfe. Profitieren tun Agrarkonzerne und wenige Großbetriebe“. Dementsprechend fordern Bioverbände und die Ökolandwirtschaft schon länger eine Wende dieser Subventionspolitik, da sonst die Entwicklung hin zu immer größeren agroindustriellen Unternehmen nicht aufzuhalten ist.

Auch im Westen der Bundesrepublik gibt es Beispiele in kleinerem Maßstab aus der Wetterau bei Frankfurt/Main. Der Flächenverlust von meist fruchtbarem Ackerland mit hoher Bodenzahl geht hier allerdings überwiegend auf Infrastrukturvorhaben zurück.

Die Befürworter solcher Transaktionen betonen die positiven Seiten der Investitionen wie Kapital- und Technologietransfer, Produktivitätssteigerungen, Erschließung neuer Märkte, Schaffen von Arbeitsplätzen und Ankurbeln der lokalen Wirtschaft. Diese Vorteile werden vorwiegend mit Blick auf die betroffenen Entwicklungsländer ins Spiel gebracht.

Die Kritiker dagegen verweisen auf die überwiegend negativen Erfahrungen, die häufig mit folgenden Auswirkungen verknüpft sind:

- Verdrängen der bisherigen Nutzer und Vernichten ihrer Lebensgrundlage,
- erhebliches Ansteigen der Preise für den Kauf von Ackerland oder dessen Pacht,
- Verteuern der Grundnahrungsmittel,
- schlecht entlohnte Arbeitsplätze mit widrigen Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern, und als Folgeerscheinung negative Auswirkungen vor allem für die Frauen,
- das Umstellen und das Intensivieren des Bewirtschaftens verursacht häufig gravierende ökologische Schäden und damit eine erhebliche Beeinträchtigung der Biodiversität,
- Zunahme der Landnutzungskonflikte bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen,
- juristisch meist unzureichender Schutz der lokalen, bisherigen Landnutzer,
- die Vorgänge bleiben eher intransparent.

In vielen Entwicklungsländern gibt es keine oder meist nur mangelhafte Bodenkataster. Die zuständigen Institutionen sind schwach und in sehr vielen Staaten grassiert gerade auf diesem Gebiet die Korruption.

Neben den nationalen und/ regionalen Machthabern gibt es – global betrachtet - verschiedene Akteure, die diese Art von Geschäft unterstützen und mit betreiben:

- Die expandierenden Länder Ostasiens unterstützen solche Handlungsweise, um den steigenden Eigenbedarf an Nahrungsmitteln für die jeweilige Bevölkerung besser decken zu können. Zu diesen Ländern gehören beispielsweise auch China, Südkorea, Japan und Malaysia.
- Die Golfstaaten, die auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen sind und nur auf sehr begrenzte Ressourcen an Wasser- und Ackerflächen zurückgreifen können.
- Multinationale Großkonzerne, die hierin ein große Chance sehen, ohne hohe Arbeitskosten große Gewinne zu erzielen.

Über diese Hauptakteure lassen sich daher auch die folgenden Zusammenhänge als die wesentlichen Gründe für das „land grabbing“ eruieren:

- Die ständige Suche nach langfristig renditeträchtigen Anlagen führt zwangsweise zu einer hohen Nachfrage nach relativ sicheren und rentablen Anlagemöglichkeiten. Auch die enormen Spekulationsgewinne und die Niedrigzinspolitik der Notenbanken

führen zu einer „Kapitalblase“ bei professionellen Anlegern auf der Suche nach eher sicheren Kapitalanlagemöglichkeiten.

- Die mittel- bis langfristige Sicherung der Ernährungsgrundlage der eigenen Bevölkerung führt dazu, diese durch Eigentum an landwirtschaftlichem Anbau im Ausland zu ergänzen oder zu realisieren.
- Der weltweit wachsende Bedarf an Futtermitteln durch die enorme und stetig steigende Massentierhaltung führt dazu, ihn durch Eigentum an Produktionsstandorten im jeweiligen Ausland zu sichern.
- Die Möglichkeiten des meist subventionierten Exports von Nahrungsmitteln oder von Roh- oder Ausgangsstoffen zum Erzeugen von Bioenergie, ist ebenfalls oft ein Anreiz, in „export-cash-crops“ zu investieren. Dabei sind in aller Regel sowohl diese Rohstoffe oder Ausgangsstoffe für die Bioenergie, als auch die Bioenergie selbst im Industrieland verhältnismäßig hoch subventioniert.

Entscheidend für eine Änderung dieser häufig bedrückenden Umstände ist eine grundlegende Verbesserung der Rechtslage sowie der Rahmenbedingungen der Vergabep Praxis. So müssen beispielsweise bei der Übernahme im europäischen Eigentumsrecht die bisherigen Regelungen ausreichend berücksichtigt werden, und im Einvernehmen mit der lokalen Bevölkerung im neuen Bodenrecht ihren Niederschlag finden.

Auch muss die Vergabep Praxis von Land an Investoren nach anerkannten Regeln – transparent und korruptionsfrei - vollzogen werden. Ebenso soll die jeweilige lokale Bevölkerung auf allen Stufen des Prozesses mit einbezogen und gründlich informiert werden. Erst dann soll jeweils ihre freie Zustimmung zu solchen Projekten eingeholt werden können. In existenziellen Fragen muss den lokalen Bevölkerungen sogar ein Vetorecht eingeräumt werden. Eine effektive Kontrolle aller Vorgänge, die in diesem Zusammenhang anfallen, muss gewährleistet sein.

Im europäischen Raum und hier auch speziell in Deutschland ist eine grundlegende Wende in der Agrar- und vor allem auch in der Subventionspolitik erforderlich: Weg von der Flächensubvention hin zur gezielten Förderung nachhaltigen und gesellschaftlich erwünschten Wirtschaftens, welches ökologische und soziale Vorgaben berücksichtigt.

Hinweise auf Literaturquellen

Deter, A. (2017): Ostdeutsche Agrarunternehmen immer häufiger im Besitz von Ortsfremden. – topagrar online:

<https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ostdeutsche-Agrarunternehmen-immer-haeufiger-im-Besitz-von-Ortsfremden-8883067.html>

Liedtke H., Marschner, B. (2003): Bodengüte der landwirtschaftlichen Nutzflächen. - Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, S. 104-105; Leibniz-Institut für Länderkunde e.V., Leipzig. – online: <http://archiv.nationalatlas.de/>

Tiez, A. (2017): Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017. - Thünen Report 52; Johann Heinrich von Thünen-Institut - Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei; Braunschweig

Umweltbundesamt: Publikationen zu verschiedenen landwirtschaftlichen Themen <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

FiWiSo-Allianz

sele im Dezember 2017

Bilder: copyright rnl